

Postische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Vandag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhof 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld.

15 Pf. [Auswärts] • Nr 583 • A 295

Berlin

DONNERSTAG, 11. DEZEMBER 1930

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: vom-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: vom-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE • V

Poincaré wird betraut

Pierre Laval scheiterte an Tardieu

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. DEZEMBER

Der zweite Versuch, eine neue französische Regierung zu bilden, ist heute abend endgültig gescheitert. Pierre Laval, der im Laufe der Abendstunden noch eine ganze Anzahl von Ministern und Kabinetsmitgliedern empfangen, hat dem Präsidenten der Republik gegen 7 Uhr mitgeteilt, daß er auf die Bildung des Kabinetts verzichte. Noch heute abend soll nunmehr Poincaré den Auftrag erhalten, ein Kabinett zusammenzustellen. Poincaré hat bereits den Vorsitzenden der auswärtigen Kommission, Paul-Boncour, zu sich geholt.

Aus den letzten Besprechungen Laval's ist noch die Entscheidung hervorgegangen, mit der Partei der Journalisten nach seinem Rücktritt bei Laval erklärte, daß die Haltung seiner Gruppe der

Sozialrepublikaner, also der Gruppe Briand, an die Haltung der Journalisten gebunden ist. Dem haben sich alle auch die Sozialrepublikaner gegen Tardieu als Mitglied des Kabinetts und gegen jegliche Teilnahme der äußersten Rechten an der Kombination ausgesprochen. Allerdings würde die Beauftragung Poincaré's die Wege wieder ändern.

Zu ihrem Bericht auf die Regierungsbildung erklärte Pierre Laval den Journalisten nach dem letzten Empfang im Einzelfachen, daß er sich bemüht, „die republikanische Bestimmung im Einklang mit dem Wahlergebnis in den Senat zu verwirklichen“. Er habe eine Entscheidung herbeiführen wollen und auf die Parteien entgegenkommend politisch konstatieren und auf die Beschlüsse der Mehrheit im Senat und in der Kammer abwarten. Frankreich, betonte er, müsse schließlich eine Regierung bekommen.

Staatsgebilde UdSSR

Der Staat gegen sich selbst — „Freiwillige“ Föderation — Stärkung der Zentralgewalt

Von

DR. HERBERT WEICHMANN

Der Verfasser, Jurist und Verwaltungssachmann, schildert auf Grund einer formationsreise die staatliche Organisation Sowjetrusslands.

Nach der offiziellen russischen Staatslehre ist der Staat eine Institution, die über Grenzen zu werden muß. Die Bevölkerung der R. S. S. F. vertritt gleich in ihrem ersten Artikel, daß ihre Aufgabe die Vermittlung eines Kommunismus ist, bei dem es keine Staatsgebilde mehr geben wird. Die Kommentare erklären, daß in der künftigen klassenlosen Gesellschaft der Staat, die Machtorganisation, die im Prozeß des Klassenkampfes entsteht, und der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen Klassen dient, eine Existenzgrundlage mehr haben wird. Die rechtstheoretische heutige Stellung nur als Übergangsmaßnahme, in der der Staat als Organisationsform der Diktatur des Proletariats seine eigene Vernichtung vorzubereiten und durchzuführen hat.

In Wirklichkeit aber ist der Sowjetrussische Staat eine Machtorganisation ohne Selbstmordgeboten. Er schließt über sein „quos ego“ in die Welt mit dem Anspruch, in Struktur und Arbeit jede Problematik überwinden zu haben, die den Staatsaufbau des alten Europas zum Maßstab der Bevölkerung befaßt.

Im Europa wiederum begünstigt Unterminis der Staatskonstitution und des Lebensmaßstab der Diktatur über die reine bolschewistische Gesellschaft die zutreffende Erkenntnis vom eigentlichen Wesen des Sowjetrussischen Staates.

Zunächst das „Reichs-Ländchenproblem“: Das heutige Sowjetrussland bezeichnet sich als eine Föderation von selbständigen Staaten, die auf der Grundlage eines freiwilligen Zusammenschlusses einen jederzeit lösbaren Bund geschlossen haben. Es ist dahingehend, wie weit dieser Bund rechtlich ein Staatenbund oder Bundesstaat ist. Die politisch interessante Frage ist allein, ob und welchen Prinzipien eine föderale Bewegung national existierender Völkereinheiten erreicht, abgegrenzt und durchgehalten werden konnte.

Bei einer Betrachtung nach diesen Gesichtspunkten ergibt sich zunächst, daß der von der Unionsverwaltung hervorgerobene Charakter einer freiwilligen Föderation der verschiedenen Sowjetrepubliken weder der Entfesselungsfähigkeit noch der tatsächlichen Sachlage gerecht wird. Hierfür sprechen liegt die Gründung der Comintern nicht an die Gründung der einzelnen Sowjetrepubliken als Produkt ihres Zusammenschlusses, sondern vorher. Wie die bolschewistische Revolution die Mutter aller heutigen Gesellschaften in Sowjetrussland ist, so ist auch der einheitliche Zusammenschluß der von ihr existierenden Gebiete ihr Werk. Die einheitliche revolutionäre Ideologie im Denken faßt sich als logisch selbstverständliche Zielsetzung dieser territorialen Einheit. Die Forderung dieser territorialen Einheit ist national selbständige Sowjetrepubliken mit einer späteren Zusammenfassung, die von oben her durch die revolutionären Gewalten, das heißt durch die kommunistische Partei nachträglich vorgenommen, und in eine rechtliche Form gebracht wurde. Nicht aber haben bisher selbständige nationale Gewalten sich von unten her eine gemeinsame Einheit gegeben. Die freiwillige und unzeitige Umbildung der heutigen Union, von der die Unionsverwaltung spricht, kann danach höchstens als ein Prinzip der gegenwärtigen oder der künftigen föderativen Staatsgewalt, nicht aber als das ursächliche Prinzip angesehen werden.

Selbst für die Gegenwart und für die Zukunft darf man aber davon ausgehen, daß der Charakter der freiwilligen vertraglichen Bindung der Staaten nicht mehr als eine Formel ohne Geltungskraft ist. Die wirklich bindenden Kräfte, die das Reich zusammenhalten, liegen außerhalb der Verfassung und aller rechtlichen Konstitutionen.

Es sind dieselben Kräfte, die bei der Entstehung am Werke waren; die revolutionäre Ideologie und die deren ausführendes Organ die kommunistische Partei. Nach der revolutionären Sowjetideologie drängt die Diktatur der Arbeiterklassen und ihrer Interessen die gesamten wertvollen Massen in eine einheitliche sozialistische Gesellschaft. Da sich nun die sozialistische Gesellschaft nicht auf ein territorial umgrenztes Gebiet, sondern ihrem theoretischen Charakter nach international auf die ganze Welt, ihrer praktischen Wirksamkeit

Streikbeschluss bei Bolle

1800 Arbeiter im Ausstand

Die Streiktreue der Arbeiter Bolle haben gestern abend zu einem überaus wichtigen Beschluss geführt. Mit großer Mehrheit haben die Funktionäre den Beschluss gefasst, sofort den Streik zu veranlassen, der offiziell bereits gestern abend um 11 Uhr in Kraft trat, sich aber in seiner vollen Auswirkung erst heute zeigen wird. Der Streik ist für die Berliner Bevölkerung von erheblicher Bedeutung, weil die Metzerei Bolle mit ihren 17 Zweigstellen etwa 15 v. H. des Berliner Metzerverbands regelt. Die Einkünfte waren entfallen, als die Betriebsleitung einen Abbau der Böhne antwortete und der Schlichtungsausschuss einen Schlichtungsbeschluss fällte, der eine Kürzung in Höhe von etwa 4,8 v. H. im Durchschnitt vorsah. Die Arbeitgeber beantragten

Verbindlichkeitsklärung, die der Schlichter für Groß-Berlin, Wiffell, jedoch gestern abend ablehnte. Trotz dieser Ablehnung wurde amnestisch unter dem Eindruck des Metallarbeiter-Schlichtungsbeschlusses, bei dem gleichfalls Verbindlichkeitsklärung abgelehnt wurde, später aber ein für die Arbeitnehmer wenig günstiges Ergebnis herauskam, der Streik beschlossen.

Es befinden sich 1800 Arbeiter im Ausstand. Es wurde beschlossen, lediglich die Werkstättenarbeiten auszuführen. Auch wurde beschlossen, die auf den Beschäftigten noch lagernde Arbeit abzugeben. Die zweite Schicht, die um 2 Uhr nachts ihren Dienst aufzunehmen hatte, nahm die Arbeit nicht mehr auf, so daß die Arbeit heute morgen nicht mehr zur Beteiligung gelangt.

Attentat auf den dänischen Sozialminister

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOPENHAGEN, 10. DEZEMBER

In der heutigen Vollerziehungs-Versammlung, auf deren Tagesordnung der Sozialreformengesetzentwurf des Sozialministers Steinsund stand, wurde von der Jubelstimmung aus, während der Steinsund ein Resolutionsentwurf gegen den Minister vorlas. Mit dem Ruf „Im Namen der Arbeitlosen“ gab ein Jubler plötzlich einen Revolvererschuss auf Steinsund ab, der jedoch in die Decke ging, da zwei auf der Jubelstimmung sitzende Detektive beim ersten Wort auf den Attentäter hinstiegen und seinen Arm in die Höhe schlugen. Der Täter, ein Arbeiter, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, wurde überwältigt und verhaftet. Die im Saal anwesenden Beamten hinfällige Minister Steinsund, der keine Wunde in aller Ruhe erlitt.

Schöber für Mitteleuropa

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. DEZEMBER

Der ehemalige Bundeskanzler und neue Außenminister Schöber vertritt in einem Interview im „Antanfang“, daß Österreich mit der Verfassungsreform und der endgültigen Regelung der Reparationsfrage schon die schlimmsten Schwierigkeiten überwunden habe. Schöber wies noch eine gewisse Skepsis wegen der trostlosen wirtschaftlichen Lage. Aus ihr nicht zu leugnen, daß einige Parteien noch unter der Kriegspforte litten, aber die Mehrheit des Volkes trete für eine Politik der Beschäftigung im Innern und des Friedens nach außen ein.

Oesterreich denke nicht daran, sich Schöber fast, sich durch Bündnolserträge gegenwärtig zu sein. In einem Rückblick einzugliedern.

Er glaube noch nicht einmal an die Möglichkeit einer Donau-Föderation. Er würde es für besser halten, wenn die Staaten Mitteleuropas sich zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit entschließen könnten, anstatt wertvollen Spaniens nachzulassen.

Ostpreußens Dank an Braun

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG, 10. DEZEMBER

Durch den Generaldirektor der preussischen Staatsanwaltschaft, Professor Dr. Braumann (Berlin), wurde das Neue Staatsanwaltschaftsamt in Königsberg heute eingeweiht. Aus diesem Anlaß hielt Oberstaatsanwalt Dr. Sieber (Königsberg) eine Rede, in der er der Verdienste des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braumann für seine Heimatstadt gedachte und es mit Freude begrüßte, daß in den Räumlichkeiten des Ministerpräsidenten Aufstellung gefunden hat.

„Die Geschichte, die dieses Haus in erster Linie geweiht ist“, führte der Oberpräsident aus, „wird einst ein großes Urteil über Ostpreußen fällen, in der schwereren Zeit mit festerer und festerer Hand, mit Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, ein Wiedererleben des preussischen Staates gesamt und ihn von Verdrüßlichkeiten befreit. Spätere Generationen, die sich in diesem Hause mit der Geschichte unserer Zeit beschäftigen, werden es handbar anerkennen, ein Standbild dieses führenden deutschen Staatsmannes unserer Zeit, der ein Sohn dieser Stadt ist, hier zu finden.“

Die urkundlichen Beweise für die genuin preussische Kultur und kulturelle Arbeit, die in diesem Ordestand alle deutschen Stämme in sieben Jahrhunderten geleistet haben, und damit die urkundlichen Beweise für den kulturellen Charakter des Preussentums, sind in den Räumlichkeiten des Hauses für alle Zeiten aufbewahrt. Das Staatsarchiv möge als ein Bollwerk dieser Kultur in Königsberg ein bis in fernste Zeiten seiner hohen und wichtigen Aufgabe dienen.“